Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 275. **Donnerstag** den 2. October 1890. **84. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die **Lieferung von 200 gußeisernen Schleußendeckeln** soll an einen Unternehmer in Accord vertungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Lieferung von Schleußendeckeln"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 15. October 1890, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 26. September 1890.
Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 5387. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Der in dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Hausgrundstücke **Markt Nr. 14, rechts neben dem Hauseingange gelegene erste Verkaufsstand ist vom 1. Januar 1891** an gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen, woselbst auch die Vermiethungsbedingungen zu erfahren sind.

Leipzig, den 27. September 1890.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 4720. Dr. Georgi. Pücker.

Gesucht

wird der am 28 August 1850 in Kupfaal bei Eilenburg geborene Schneider

Johann Franz Löffler,

welcher zur Fürsorge für seine der hiesigen Armenpflege anheimgefallene Familie anzuhalten ist.

Wir bitten, denselben im Betretungsfalle sofort zwangsweise anherzuweisen.

Leipzig, am 29. September 1890.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt.
A. R. V, 1363. Ludwig-Wolf. Feiler.

Nachdem der bisherige Referendar beim Königlichen Amtsgericht Stolpen,

Herr **Wilhelm Raimund Degner,**

am heutigen Tage als **Criminalcommissar** bei dem unterzeichneten Polizeiamte in Pflicht genommen worden ist, wird Solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Leipzig, am 1. October 1890.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
D. R. 4427. Bretschneider.

Bekanntmachung.

Die **Universitäts-Bibliothek** ist vom **1. October an jeden Wochentag früh von 11—1 Uhr geöffnet.**

Bekanntmachung.

Die für die bevorstehenden Gemeindewahlen **aufgestellte Wahlliste wird von Donnerstag, 2. October** d. J. ab, 10 Tage lang in der Vorhalle der Synagoge zur Einsicht für die Gemeindemitglieder ausliegen.

Innerhalb derselben Frist kann gegen die Aufnahme oder Weglassung eines Namens schriftlicher Einspruch bei dem unterzeichneten Vorstande erhoben werden.

Gemäß §. 54 der revidirten Gemeinde-Ordnung wird Vorstehendes hierdurch bekannt gemacht.

Leipzig, den 1. October 1890.
Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Bekanntmachung.

Für das hiesige Krankenhaus wird **sofort** eine ältere Krankenwärterin bei freier Station und 300 ℳ Jahresgehalt gesucht.

Bewerbungsgesuche sind mit Zeugnissen umgehend einzureichen.

Plagwitz-Leipzig, am 1. October 1890.
Der Gemeinde-Vorstand.
Eichorius.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Mühlenbesitzer **Carl Migeod** aus Friedeberg R/M., geboren am 16. Februar 1846 zu Königsberg i/Pr., welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen betrügerischen Bankerutts verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichts-Gefängniß zu Friedeberg R/M. abzuliefern.

Friedeberg R/M., den 29. September 1890.
Königliches Amtsgericht.

Beschreibung:

Alter: 44 Jahre; Statur: stark, mittelgroß und sehr breitschulterig; Haare: ziemlich voll, dunkelkraus; Gesicht: rund, voll; Sprache: ostpreußischer Dialect; Bart: Schnurrbart und Zitzen; Augen: dunkelblau. Besondere Kennzeichen: einige Fingerspitzen der rechten Hand sind zerquetscht.

Zur Gesammtlage.

Wir treten jetzt aus der militairischen Periode in die parlamentarische ein. Noch im Laufe dieses Monats werden die französischen Kammern eröffnet und einen Monat später der deutsche Reichstag. Wahlen haben soeben in Serbien stattgefunden und sind für den November in Italien angekündigt. Im Deutschen Reich ist die Aufmerksamkeit auf die bevorstehende Einführung des Invaliditätsgesetzes für die Arbeiter und auf die Arbeiten gerichtet, welche im preußischen Finanzministerium und in der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes fertiggestellt werden. Ueberall herrscht die größte Regsamkeit und die emsigste Thätigkeit, um den riesigen Anforderungen zu entsprechen, welche die reißend schnelle Entwickelung der Zeit an uns stellt.

Die sociale Frage bildet den Mittelpunct aller dieser Bestrebungen. Den arbeitenden Classen soll gewährt werden, was möglich ist, um sie vor Noth zu schützen, sie sollen für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit und des Alters eine Beihülfe erhalten, durch welche sie in den Stand gesetzt werden, der Zukunft mit geringerer Sorge als bisher entgegen zu sehen, und durch die Steuerreform soll eine gerechtere Vertheilung der Abgaben erzielt werden. Dazu treten in Preußen noch eine Landgemeinde-Ordnung und ein Volksschulgesetz, Reformen, welche langgehegten Wünschen entgegen kommen. Von socialdemokratischer Seite erweitert man alle diese Bemühungen durch spöttisches Lächeln und durch die unzufriedenen Worte: „Zu wenig!" Die Socialdemokratie will überhaupt vom Staate, wie er ist, keine Zugeständnisse, sie will ihn vielmehr durch eine neue Staatsform ersetzen, in welchem das Proletariat die Gesetze vorschreibt. Den Willen dazu hat die Socialdemokratie seit langer Zeit kundgegeben, aber was sie erreicht hat, beschränkt sich auf Streiks und auf eine tiefgehende Beunruhigung, von welcher Staat und Gesellschaft ergriffen sind, nicht weil sie für ihre Existenz fürchten, sondern weil sie genöthigt sind, Zeit und Arbeit zur Bekämpfung von Bestrebungen zu verwenden, deren Verwirklichung eine vollständige Unmöglichkeit ist. Das Gebiet, auf welchem Verbesserungen ausführbar und wünschenswerth sind, ist so groß, daß es wahrlich genug zu thun giebt, und daß die socialdemokratische Agitation wohl Aufregung und Verirrung schaffen, aber nichts Lebensfähiges aufrichten kann. Die Frage des Arbeiterschutzes ist von den Regierungen und Volksvertretungen aller Großstaaten in Angriff genommen worden, dabei möge die Socialdemokratie helfend und fördernd zur Seite stehen, statt sich mit unfruchtbaren Erörterungen über eine neue Weltordnung zu befassen.

Die sociale Frage steht im Zusammenhang mit den internationalen Beziehungen, nicht im socialistischen Sinne und nach der Richtung hin allein, welche durch die Bestrebungen zur Gewährung eines ausreichenden Arbeiterschutzes ihren Ausdruck finden, sondern außerdem und weit wirksamer durch die Opfer, welche die stete Kriegsbereitschaft von uns Allen verlangt. Moltke sagte einst im Reichstage, daß die Ausgaben für Kriegszwecke schließlich alle Völker wirthschaftlich zu Grunde richten müßten. Diese Ausgaben sind es, welche zur steten Erhöhung der Steuern treiben, und dadurch wird den Socialdemokraten das bequemste Agitationsmaterial geliefert. Es giebt zwar geflügelte Worte aus der Vergangenheit, welche die Kriegsbereitschaft von einem andern Gesichtspuncte beleuchten, wie das bekannte „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten", aber dieses Wort entstand zu einer Zeit, in welcher die stehenden Heere kaum den vierten Theil ihres jetzigen Bestandes hatten. Woran wir heute leiden, ist der wirthschaftliche Schaden, welchen große stehende Heere stets mit sich bringen. Wer trägt aber die Schuld daran, daß wir diesen Schaden Jahr aus Jahr ein tragen müssen? Die Antwort darauf lautet: Frankreich, und erst in den letzten Tagen hat sich Crispi dahin ausgesprochen, daß der Friede gesichert ist, wenn Frankreich ruhig bleibt. Es ist eine sattsam bekannte Thatsache, daß die heutige, weit über alles Maß hinausgehende Kriegsbereitschaft Europas in dem Streben Frankreichs seinen Ursprung hat, die verlorene leitende Stellung in Europa wieder zu gewinnen. Die Socialdemokraten fordern uns immer auf, den Franzosen Elsaß-Lothringen wieder zu geben, dann werde aller Streit und Hader ein Ende haben, sie vermögen uns aber keine Bürgschaft dafür zu leisten, daß die Franzosen sich damit zur Ruhe geben würden. Die Rathgeber wissen außerdem, daß ihr Rath niemals befolgt werden wird. Was soll man aber dazu sagen, wenn die Italiener, unsere Verbündeten, die Franzosen ermuntern, sich Elsaß-Lothringen wieder zu holen, damit sie selbst bei dieser Gelegenheit Triest und Trient erhalten können?

Wir ersehen daraus leider, wie nothwendig die gegenwärtige Kriegsbereitschaft ist, und daß wir nur unsere Interessen aufs Spiel setzen würden, wenn wir allein im Vertrauen auf unsere Vaterlandsliebe und auf die militairischen Erfolge der Vergangenheit uns einer Sorglosigkeit hingeben wollten, welche nur die Hoffnungen unserer Feinde stärken und ihren Uebermuth herausfordern könnte. Man spricht jetzt wieder von dem europäischen Gleichgewicht, aber dieses Gleichgewicht wird nur durch die militairischen Rüstungen aufrecht erhalten, welche je nach den zu Gebote stehenden Kräften auf allen Seiten gemacht werden. Der die Kraft betreffende Punct ist sehr brennent, es ist klar, daß Deutschland die Rüstung für seine Verbündeten zum Theil mit besorgt, denn weder Oesterreich-Ungarn, noch Italien sind Deutschland in dieser Beziehung gleich. Das ließe sich aber noch ertragen, wenn dann Italien wenigstens den Grad von politischer Zurückhaltung und Klugheit üben wollte, der von einem solchen Bundesverhältniß untrennbar ist. Kann man sich etwas Thörichteres vorstellen, als die fortwährenden irredentistischen und französenfreundlichen Kundgebungen der italienischen Radicalen und Demokraten? Man wird darauf entgegnen, daß die Regierung und ihre Anhänger dem Dreibund treu ergeben sind. Das ist aber sehr zweifelhaft bezüglich der Volksvertretung, denn Crispi hat offenbar große Besorgnisse in Bezug auf die Wahlen, sonst würde er nicht den Vorschlag gemacht haben, sie bis zum Frühjahr zu vertagen. Ja, die Schwierigkeiten der Lage sind so groß, daß er nicht einmal des Erfolges einer Banketrede sicher wäre, die für Florenz geplant ist und sie von einem Termin zum andern verschob.

Wir glauben trotzdem nicht, daß der Bestand des Dreibundes gefährdet ist, aber wir halten es für sehr angebracht, unsere italienischen Bundesgenossen an den Ernst der Lage zu erinnern und ihnen den Rath zu ertheilen, nicht mit dem Feuer zu spielen. Wir haben schon zu einer Zeit auf die Gefahr hingewiesen, welche eine Erneuerung der irredentistischen Agitation dem Frieden Europas bringen könne, als noch von keiner anderen Seite derartige Befürchtungen gehegt, wenigstens nicht öffentlich ausgesprochen wurden. Heute liegt die Sache so, daß in Italien selbst wohlbegründete Besorgnisse wegen des Ausfalls der Neuwahlen herrschen. Das ist die Gefahr der gespannten Lage, in welcher wir leben, daß sie durch jeden unerwarteten Zwischenfall sich zur Katastrophe gestalten kann. Auf allen Seiten ist Zündstoff angesammelt: Auf der Balkanhalbinsel, in Frankreich, Italien, Spanien und Portugal. Dazu kommen die fortwährenden Reibereien mit England, welche auch die Friedlichkeit der Lage nicht erhöhen, und im Innern die Schwierigkeiten, welche die socialistische Bewegung verursacht. Wir haben uns allmälig daran gewöhnt, auf einem Vulcan zu leben, der jeden Augenblick zum Ausbruch kommen kann, aber diese Gewöhnung kann uns nicht über die Thatsache täuschen, daß wir fortdauernd in Gefahr schweben. Es bleibt uns demgegenüber nur übrig, stets die Augen offen zu halten, unseren Weg mit Ruhe und Besonnenheit weiter zu verfolgen und uns für alle Möglichkeiten in Bereitschaft zu halten.

*

Leipzig, 2. October.

* Dem **Reichstag** dürften auch im nächsten Etat wieder ziemlich beträchtliche **Forderungen für coloniale Zwecke** vorgelegt werden. Die neue Organisation von Ostafrika nach der Pacification und dem Abkommen mit England, ebenso die Entschädigung des Sultans von Zanzibar für die Abtretung der Küste werden in finanziellen Forderungen zum Ausdruck kommen. Von Seiten des auswärtigen Amtes wird bekanntlich ein festes und bestimmtes Colonialprogramm vorbereitet, so daß eingehenden Verhandlungen über diese Dinge im Reichstag entgegengesehen werden kann. — Was nun speciell die Verwendung des Reichscommissars anlangt, so kann nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" von „Auseinandersetzungs-Schwierigkeiten" nicht die Rede sein, so lange über die zukünftige Organisation des ostafrikanischen Küstengebiets, für welche durch Freih. v. Soden zunächst Material gesammelt wird, noch nichts Bestimmtes feststeht. Die Stellung des Herrn von Wissmann als Reichscommissar in Ostafrika ist, wie die „Kreuzzeitung" richtig bemerkt, bis zum 31. März 1891 festgelegt. Bis dahin wird also eine Aenderung in der Stellung des Herrn von Wissmann nicht eintreten, der übrigens, wie wir erfahren, auch demnächst auf seinen Posten zurückkehrt.

* Zu den Vorlagen für **Bundesrath und Reichstag** wird, wie mehrfach erwähnt, eine **Novelle zum Krankencassengesetz** gehören. Gegen das Gesetz, wie es vom Reichstag beschlossen worden, erhoben sich alsbald von verschiedenen Seiten Beschwerden; man wollte indessen für das Reformbedürfniß zunächst praktische Erfahrungen machen und holte sodann Gutachten aus Interessentenkreisen ein. Auf die Ergebnisse derselben gestützt, ist man an die Reform des Gesetzes herangetreten, welche übrigens schon vor längerer Zeit abgeschlossen war, allein angesichts dringenderer Aufgaben immer wieder vertagt werden mußte.

* Der Bundesrath hat bekanntlich in seiner Sitzung vom 24. April d. J. einem Uebereinkommen zwischen Deutschland und den **Niederlanden zum Schutze verkuppelter weiblicher Personen** die Zustimmung ertheilt. Ein gleiches Uebereinkommen ist am 4. ds. zwischen Deutschland und Belgien unterzeichnet worden. Der Bundesrath ist ersucht worden, auch diesem Uebereinkommen die Zustimmung ertheilen zu wollen. Der in deutschem und französischem Text vorgelegte Vertrag umfaßt 7 Artikel und bestimmt im Wesentlichen Folgendes:

Frauen und Mädchen aus einem der vertragschließenden Länder, welche sich in dem anderen Lande der Prostitution hingeben, müssen sich einem Verhör zu dem Zwecke unterwerfen, um festzustellen, wieder sie kommen und wer sie bestimmt hat, ihr Heimathland zu verlassen. Die hierüber aufgenommenen Verhandlungen sollen den Behörden des Landes, dessen Angehörige die gedachten Frauen und Mädchen sind, mitgetheilt werden. Auch verpflichten sich die vertragschließenden Theile, diejenigen Weibspersonen, welche gegen ihren Willen genöthigt werden, sich der Prostitution hinzugeben, auf ihren Antrag oder auf Antrag derjenigen Personen, unter deren Gewalt sie stehen, an die Grenzen ihres Heimathlandes zu bringen; ferner in Fällen, in denen es sich um noch minderjährige Mädchen handelt, solche Mädchen auf Antrag der Eltern oder Vormünder nach ihrem Heimathlande zurückzusenden. Der bezügliche Schriftwechsel soll möglichst auf directem Wege erfolgen. Die erwachsenen Kosten sollen, falls sie nicht von den Mädchen, deren Angehörigen oder Wirthen erstattet werden können, dem Lande zur Last fallen, welches die Heimschaffung bewirkt hat. Das Abkommen wird ratificirt und die Ratificationsurkunden werden in Berlin sobald als möglich ausgewechselt.

* Die angeblichen Briefe der hochseligen Kaiserin Augusta, die vor einiger Zeit in der „Täglichen Rundschau" veröffentlicht wurden, werden von Personen, die der Verewigten als Familienglieder oder durch Dienst nahe gestanden haben und mit ihrer Ausdrucksweise, ihrem Stil und auch mit der äußeren Form ihrer Correspondenz vertraut sind, in der Gestalt, wie sie veröffentlicht worden sind, nach wie vor als unecht betrachtet.

Zu den Zweifeln, die sich auf Aeußerlichkeiten (z. B. die Namen der angeblichen Adressatinnen) stützen, gesellen sich auch solche innerer Natur. Die hochselige Kaiserin wußte wohl, welche Bedeutung ihren Aeußerungen beigelegt oder untergeschoben werden konnte, und daher konnte sie in ihren Aeußerungen über schwebende Fragen als die discreteste, zurückhaltendste Frau, ja geradezu als furchtsam gelten, namentlich Privatpersonen gegenüber. Nach der Erfahrung der Leute, die die Kaiserin kannten, hätte es ihrer Gewohnheit widersprochen, wenn sie Briefe in diesem Stile und in diesem Umfange an Privatpersonen gerichtet hätte, um sich über Antisemitismus und Culturkampf schriftlich zu ergehen. Gegen Fürstlichkeiten und namentlich fürstliche Frauen von lebhaftem Interesse und gleichem Bestreben auf dem Gebiete werkthätiger Liebe mag vielleicht jene Zurückhaltung weggefallen sein, und diese Annahme könnte auf die Vermuthung führen, daß die fraglichen Briefe Erzeugnisse einer compilatorischen Hand seien, eine Zusammenstellung von einzelnen dem Sinne und der Zeit nach aus dem Zusammenhange gerissenen Stellen einer Correspondenz, wie sie die Kaiserin mit einer nun auch verstorbenen fürstlichen Frau geführt haben mag.

* Genosse **Liebknecht** wird am nächsten Sonntag in einer in Bochum stattfindenden Bergarbeiterversammlung sprechen. Diese Rede wird nach einer Mittheilung der „Kölnischen Volkszeitung" als Ausgangspunct einer großen socialdemokratischen Agitation im Kohlenrevier angesehen.

* * *

* Die officiöse „Wiener Abendpost" schreibt:

Se. Majestät der deutsche Kaiser trifft morgen als Gast unseres Allergnädigsten Monarchen in Wien ein. So oft der Herrscher des befreundeten Nachbarreiches in Oesterreich-Ungarn erscheint, freuen sich die Völker dieses Staates, ihre Sympathie ist dem Kaiser Wilhelm, dem hohen Fielen zustrebenden Herrscher, zugewendet, Allerhöchstwelcher noch jüngst den Gefühlen der Freundschaft für unseren erhabenen Monarchen einen so rückhaltlos warmen Ausdruck gegeben hat. Als diese Worte bei uns bekannt wurden, erfüllte eine freudige Genugthuung unsere Herzen. Wir Alle sind stolz auf Se. Majestät, unsern Kaiser, wir lieben unser Vaterland, und wer diese auszeichnend ehrt, dem gehört unser Herz und Geist und wir geben bei der jetzigen Gelegenheit unseren Gefühlen begeisterten Ausdruck. Die Kunde, Se. Majestät der deutsche Kaiser werde unseren geliebten Monarchen neuerdings einen Besuch abstatten und Wien berühren, verbreitete daher Freude in allen Kreisen der Reichshauptstadt, und einmüthig wurde der Beschluß gefaßt, die Stadt festlich zu schmücken, um dem Kaiser einen Seiner würdigen Empfang zu bereiten. Mit Wien ist ganz Oesterreich-Ungarn einig an diesem Tage der Freude. Es gedenkt des hohen Friedensziels beider Majestäten, ihrer steten Sorge, das Wohl ihrer Völker zu fördern, und ist tief bewegt von den Worten, die Se. Majestät der deutsche Kaiser in Gravenstein gesprochen hat, als er „die engen Beziehungen innigster Freundschaft und festester Waffenbrüderschaft" mit unserem erhabenen Kaiser laut verkündete. Solche Worte bleiben den Völkern Oesterreich-Ungarns unvergeßlich, und Wien im Namen der Angehörigen des Reiches wird morgen begeistert ausrufen: „Hoch lebe der Gast, der Freund unseres Allergnädigsten Herrn und Kaisers, hoch Kaiser Wilhelm!"

* Nach Drahtmeldungen aus Erzingian ist die Lage in Erzerum eine sehr ernste. Die Zusammenziehung russischer Truppen an der Grenze dauert fort, es verlautet, daß bereits 72 000 Mann dort zusammengezogen seien. Die Türken fürchten, bald angegriffen zu werden, und versetzen die Kurden in Bereitschaft, Widerstand zu leisten. Täglich kommen europäische Familien in Erzingian an, welche aus Erzerum aus Furcht vor Massenmord flüchten.

* Eine große Staatsfrage ist nunmehr gelöst, eine Staatsrettung vollbracht: die Uniform für Carnot ist gefunden! Die Franzosen lassen keine Gelegenheit vorbeigehen, sich über die Uniformsucht Anderer lustig zu machen, namentlich Deutschland als das Reich der Uniformen zu kennzeichnen. Aber auch in Deutschland giebt es kaum mehr Uniformen als hier in Frankreich, und die Republik pflegt das Uniformwesen eben so eifrig wie die Ordensregen, welche jetzt gar nicht mehr aufhören. Ein Officier hat die angedeutete Staatsrettung vollbracht; der jetzige Präsident der Republik hat sogar das Recht, zwei Uniformen zu tragen, eine bürgerliche und eine militairische. Als Ingenieur des Straßen- und Brückenbaues hat er nicht blos eine Uniform, sondern auch, nach der bestehenden Wehrordnung, das Recht auf Ernennung zum Oberstlieutenant der Landwehr, folglich auch das Recht, die entsprechende militairische Uniform zu tragen. Er hat nun die Wahl. Da er Staatshaupt ist, folgt der Generalsrang von selbst demjenigen des Obersten. An Sternen und Ordensbändern, um seine Uniform herauszuputzen, fehlt es ihm am wenigsten. Die Sache ist gar nicht so unwichtig, wie Fernerstehende sie auffassen mögen. Im Grunde waren es der wohlabgerichtete Circusreiter, die strahlende Uniform mit glitzernden Ordenssternen und besonders der wallende Federbusch, welche den Boulangismus möglich machten, der einige Jahre lang alle öffentlichen Gewalten im Schach hielt und schließlich nur durch die Flucht des funkelnden, großsprecherischen Generals gescheitert ist. Kein Volk läuft mehr der Uniform, dem Federbusch nach, als die Franzosen. Wenn Carnot in Generalsuniform durch die Pariser Gassen reitet, wird das Volk ihm zujauchzen wie je einem Herrscher, da er sich schon längst durch sein übriges Verhalten allgemeine Liebe und Achtung erworben hat. Dann wird kein Boulanger mehr möglich sein. Die Sache mag Fremden etwas spaßig vorkommen, aber man darf sich darauf gefaßt machen: wenn Carnot dem allgemeinen Wunsche entsprechen will, dann legt er Uniform an. Deshalb liegt das Ereigniß durchaus nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit.

* Die „Riforma" erklärt, daß die Mittheilungen über das Interview St. Cères mit dem Ministerpräsidenten Crispi, soweit dieselben durch telegraphische Meldungen bekannt geworden seien, sehr grobe Unrichtigkeiten enthalten und in den meisten Puncten sogar sehr wesentlich von der Wahrheit abweichen.

* In Ausführung eines schon vor längerer Zeit angekündigten Entschlusses hat die italienische Regierung nunmehr eine diplomatische Action behufs wirksamerer Bekämpfung der Cholera eröffnet. Die darüber aus Bern vorliegende telegraphische Meldung definirt den Standpunct des italienischen Cabinets dahin, daß die internationale Convention von Paris, vom Jahre 1852, auf Grund deren die in Rede stehende Materie bislang völkerrechtlich geregelt war, den modernen Anforderungen nicht mehr entspreche und einer gründlichen Reform unterzogen werden müsse. Zur Herbeiführung einer solchen wird die Berufung einer neuen, von sachverständigen Delegirten aller interessirten Staaten Europas und Amerikas zu beschickenden internationalen Conferenz in Vorschlag gebracht. Daß Maßregeln, welche behufs Abwehr der Cholera vor beinahe vierzig Jahren getroffen wurden und nach der damaligen Entwickelungsstufe der Hygieine, sowie der internationalen Verkehrsorganisation allenfalls genügen mochten, heute nicht entfernt mehr ins Gewicht fallen können, liegt auf der Hand. Damals tappte man über die Ursachen und das Wesen der Cholera noch vollständig im Finstern, von einer planmäßigen Bekämpfung des Uebels auf Grund erprobter wissenschaftlicher Methoden konnte also noch keine Rede sein. Ebenso steckte der internationale Verkehr, verglichen mit seiner heutigen Intensität, Schnelligkeit und Vielseitigkeit, sozusagen in den Kinderschuhen; was damals an prohibitiven Maßnahmen gegen den gemeinsamen asiatischen Feind der Culturnationen Europas ins Werk gesetzt wurde, war der Hauptsache nach äußerlich-formaler Natur; in der Türkei und in Egypten ist eine wirksame Verhinderung der Einschleppung des Infectionsstoffes auf Grund der Pariser Conventionsbestimmungen vom Jahre 1852 einfach ein Ding der Unmöglichkeit, zumal da jede effective Controle der dortigen Landesbehörden durch competente abendländische Sachautoritäten fehlt. Daß hierin ein durchgreifender Wandel geschaffen werde, ist ein oftmals geäußerter Wunsch der Mediciner und Hygieiniker sowie nicht minder der officiellen Kreise fast aller an der Sache interessirten Staaten. Wenn die Erwägungen, welche 1852 zur Verhandlung und zum Abschluß der internationalen Pariser Choleraconvention führten, stark genug waren, entgegenstehenden Einfluß zu überwinden, so müssen sie heute mit vervielfachter Kraft dem italienischerseits angeregten Zusammentritt einer neuen internationalen Commission zu analogem Zweck die Wege ebnen. Das Material, welches seiner fruchtbringenden Verwerthung zu Nutz und Frommen des Gesammtwohles der civilisirten Welt harrt, liegt zu sofortigem Gebrauch gesichtet in den Acten der Sanitäts- und Grenzüberwachungsbehörden vor; es handelt sich nur um den allseitigen ernsten und ehrlichen Willen, zur Erreichung des gesteckten Zieles nach Kräften mitzuwirken, wenn es sein muß, selbst unter Bringung einiger Opfer. In dieser Voraussetzung kann das Vorgehen der italienischen Regierung dauernden Segen stiften.

* Die Aufregung der japanischen Bevölkerung über die Frage der Revision der Verträge, bei welcher es sich hauptsächlich darum handelt, ob die Ausländer der Jurisdiction der japanischen Gerichte unterstehen sollen, nimmt noch zu. Neuerdings sind Drohbriefe an den Vorsitzenden der Versammlung der Ausländer vom 11. September gerichtet worden.

SLUB
Wir führen Wissen.